



Professor
Dr. Wilhelm Hankel
schreibt regelmäßig
an dieser Stelle
und im Internet
www.konservative.de

„EURO-LAND“ erinnert wirklich an die Mafia

Was Steinbrück
den Wählern
verschweigt.

Wo er recht hat, hat er recht, der Kanzler-Kandidat der SPD, Peer Steinbrück: in der Addition der auf Deutschland möglicherweise noch in diesem Jahr zukommenden Belastung des Staatshaushaltes zur Rettung Europas und seiner Währung, des Euro: 1,2 Billionen Euro. Als ehemaliger Bundesfinanzminister hätte er zur Verdeutlichung dieser Summe allerdings hinzuzufügen können, sollen und müssen, daß sie einer zweieinhalbfachen Jahreseinnahme des deutschen Fiskus entspricht und deshalb den deutschen Staatshaushalt sprengen wird – und mit einem Drittel der Jahresleistung der deutschen Volkswirtschaft, der stärksten in Europa, Deutschlands Bürger zu den Haupt-Bürgern fremder Staaten in Europa macht, denn mit diesem Geld soll deren Staatskonkurs abgewendet, wohl richtiger verschleppt werden.

Aufhalten läßt er sich ohnehin nicht. Deswegen steht dieses Geld (eine wahrhaft astronomische Summe!) auch nicht zur Finanzierung vordringlicher Staatsleistungen im eigenen Haus zur Verfügung weder für Bildung, Armutsbekämpfung, Städtesanierung noch Infrastruktur. Eigentlich eine ungeheuerliche Aussage und Prognose, die der Bürger mit seinem Kreuz auf dem Wahlschein im Herbst diesen Jahres bestätigen und legitimieren soll! Man weiß nicht, was Deutschlands Bürger und Wähler mehr entsetzen und fassungsloser machen muß, wenn ein solcher Kanzler-Kandidat in vollem Einklang mit seiner eigenen Partei, dem längst mit mehr als nur Augenzwinkern auserkorenen Koalitions-Partner in Grün und – um den Skandal perfekt zu machen – total einig mit einer Regierung, die man ja als Opposition ablösen will und gegen die man mit dem angeblich besseren Kandidaten und einem überzeugenderen Programm antritt, nicht erklären kann, warum die jetzt drohenden 1,2 Billionen Euro mehr bewirken sollen als die bereits für diesen Zweck geleisteten Zahlungen in ähnlicher Höhe: nämlich von rd. 800 Milliarden der Deutschen Bun-

desbank (für das sog. TARGET-Programm und ihren Anteil an den Staatsanleihekäufen der EZB, 211 Mrd. für den Rettungsfonds ESFS und 79 Mrd. Euro direkt an Griechenland).

Griechenland? Da wurde nichts gerettet

Sie haben nicht nur nichts gerettet, sondern das Problem noch verschärft – denn die Staatsschulden der Bankrott-Staaten der Euro-Zone sind weiter gestiegen, statt zu fallen. Und sie können auch nicht erklären, was mit diesem Geld (wahrlich kein Pappenstiel!) eigentlich finanziert worden ist; denn dazu findet sich in keiner Statistik der keineswegs geretteten Euro-Länder noch in den Prüfungsberichten der sog. Troika (aus EU, EZB und IWF), soweit diese der Öffentlichkeit bekannt gemacht worden sind, der geringste Hinweis! Aber man ahnt, wo diese astronomischen Summen geblieben sind: in den schwarzen Löchern (und Kassen) dieser Staaten und ihrer Potentaten – auch wenn sich Europas höchstes Rechts-Organ, der EuGH, in seinem vorläufig letzten Urteil in dieser Sache einmal mehr demaskiert hat. Er hat nämlich die durch EU-Vertrag (und EZB-Statut) verbotenen verlorenen Zuschüsse für fremde Staatshaushalte (deren Bail-out) für „rechtens“ und zu normalen Investitionskrediten erklärt. Dumm nur, daß sich die so finanzierten Investitionen in keinem der aus ihrer Finanznot zu errettenden Länder haben finden lassen: weder in Griechenland noch in Spanien oder Portugal! Die Mafia besitzt eine allen modernen Bilanz- und Management-Ansprüchen gerecht werdende Buchhaltung. Denn sie weiß:

Ganoven, auch den eigenen, kann man nicht trauen! Den Euro-Retttern fehlt auf diesem Gebiet alles: Es gibt keine Budgetierung des erforderlichen und sorgsam geprüften Finanzbedarfs, keine Erfolgskontrolle, keine Fehler-Analyse. Auf ihren Gipfel-Konferenzen wird nur eines festgestellt und beschlossen: die sich von Mal zu Mal aufaddierende „Soll“-Seite der Unternehmung. Und man kennt auch den Hauptzahler: Deutschland. Nur, dessen mit der Aufbringungs-Seite korrespondierende (Gut)-Haben-Seite interessiert keinen. Aber Deutschlands politische Klasse muß diese interessieren. Denn für die treuhänderische Verwaltung des Volksvermögens, zu denen auch die (noch so dubiosen) Forderungen an fremde Staaten gehören, ist sie gewählt und will sie wieder gewählt werden: *diligentia quam in suis* (Sorgfalt wie in Eigenem) postuliert sogar das in den Rettungsländern am Mittelmeer-Rand noch immer geltende Römische Recht.

P.S. Vom Autor erscheint noch in diesem Frühjahr im Signum-Verlag Wien das Buch: „Entschärfung der Euro-Bombe“. Die EU wäre ihr eingebautes Dynamit, die Eurokrise, los, wenn sie Hankels ebenso plausiblen wie sensationellen Vorschlag verwirklichte: In den Euroländern wieder zu nationalen Währungen zurückzukehren, aber den Euro beizubehalten und in den Nicht-Euroländern zusätzlich zu den nationalen Währungen den Euro einzuführen. Der Währungs-Graben zwischen Euro- und Nicht-Euro-Zone wäre verschwunden, und die EU wäre auch für heutige Nicht-EU-Länder, wie Rußland, baltische Staaten und die Schweiz beitrittsoffen.